

RUSSISCHE FÖDERATION

Gewerkschaftsmonitor

Juni 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat tiefgreifende Folgen für alle Lebensbereiche des Landes – auch für die Arbeitswelt und das gewerkschaftliche Engagement. Bereits im Zuge der COVID-19-Pandemie ab 2019 nutzte die russische Regierung den Vorwand der öffentlichen Sicherheit, um per Gesetz sämtliche Formen öffentlicher Versammlungen – darunter Demonstrationen, Mahnwachen und Streikversammlungen – zu verbieten. Gleichzeitig wurde das Wahlrecht so verändert, dass politische Repräsentation de facto aufgehoben wurde. Mit der Einführung der dreitägigen Stimmabgabe wurde die Kontrolle durch Wahlbeobachter faktisch unmöglich gemacht – insbesondere durch die unbeaufsichtigte Lagerung der Stimmzettel über Nacht und die Einführung nicht überprüfbarer Onlineabstimmungen.

Der führende Oppositionspolitiker Alexej Nawalny wurde 2021 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, die er nicht überlebte. Nach Beginn des Angriffskriegs wurden innerhalb weniger Tage umfassende Repressionsgesetze verabschiedet, die sowohl pazifistische Bewegungen als auch jede Form nicht staatlich kontrollierter Aktivität unterdrücken sollten. Mehr als 25 000 Menschen wurden festgenommen. Hunderte erhielten mehrjährige Haftstrafen. Rund 200 000 Menschen verließen Russland aus politischen Gründen, weitere 600 000 flohen nach der Ankündigung einer Teilmobilmachung.

Neue Gesetze ermöglichen die Enteignung von Personen aufgrund regimekritischer Äußerungen, selbst wenn diese viele Jahre zurückliegen. Geldstrafen in Höhe mehrerer Tausend Euro drohen auch für Social-Media-Beiträge, die zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nicht strafbar waren. Die massive Repression ist nicht zuletzt eine Reaktion auf die verbreitete gesellschaftliche Ablehnung des Krieges: Laut Umfragen staatlicher und unabhängiger Institute wie WZIOM, FOM und Lewada teilen 20 bis 25 Prozent der Befragten dezidiert anti-

militaristische Haltungen. Der Anteil überzeugter Kriegsbefürworter liegt bei lediglich 15 bis 20 Prozent. Der überwiegende Teil der Bevölkerung äußert zwar eine passive Zustimmung zum Krieg, spricht sich aber bei detaillierter Nachfrage mehrheitlich für einen sofortigen Waffenstillstand aus.

Gleichzeitig betreibt der Staat eine umfassende Indoktrination – insbesondere von Kindern. Neue Schulbücher rechtfertigen die stalinistischen Repressionen und diffamieren Feminismus, Atheismus und sogar Vegetarismus. Im Herbst 2024 forderten hochrangige Politiker, die Evolutionstheorie aus dem Schulunterricht zu streichen. Abtreibungen werden zunehmend gesetzlich eingeschränkt. Die LGBT-Community wurde offiziell als extremistisch eingestuft.

Diese politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen – zusammen mit dem bereits 2001 faktisch verhängten Streikverbot – lassen den Gewerkschaften und der organisierten Arbeiterbewegung kaum noch Handlungsspielräume.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Entgegen den ursprünglichen Erwartungen der russischen Regierung hat die russische Wirtschaft die ersten Jahre nach Kriegsbeginn und unter massiven internationalen Sanktionen relativ robust überstanden. Während das Kabinett im März 2022 noch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 8 Prozent befürchtete, betrug der tatsächliche Einbruch im Gesamtjahr nur 1,4 Prozent – gefolgt von einem jährlichen Wachstum um 4,2 Prozent in den Jahren 2023 und 2024. Diese Zahlen beruhen jedoch auf offiziellen Inflationsdaten, die von unabhängigen Fachleuten als zu niedrig eingeschätzt werden. So lag der Leitzins der Zentralbank im Jahr 2024 bei 16 bis 20 Prozent, was auf deutlich höhere Inflationserwartungen schließen lässt als die offiziell angegebene Teuerungsrate von lediglich 9,5 Prozent.

Das Wirtschaftswachstum ist zudem stark vom Verteidigungssektor getrieben. Im Jahr 2025 fließen offiziell und verdeckt mindestens 36 Prozent der Staatsausgaben in den Militärhaus-

halt. Weitere 8,3 Prozent entfallen auf Polizei und innere Sicherheit. Der Staatshaushalt wird zunehmend durch Rücklagen aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds (FNB) gedeckt, der über zwei Jahrzehnte durch Öleinnahmen gespeist wurde. Seit Kriegsbeginn sank dessen Anteil am BIP von 8 Prozent auf 1,7 Prozent – er ist damit weitgehend aufgebraucht.

Soziale Ausgaben wurden bislang kaum gekürzt – nicht aus Rücksichtnahme, sondern aufgrund ihres ohnehin niedrigen Ausgangsniveaus. Russland rangierte 2022 weltweit auf Platz 125 bei den Gesundheits- und auf Platz 127 bei den Bildungsausgaben, jeweils mit einem Anteil von rund 3,5 Prozent am BIP. Demgegenüber machen die Militärausgaben mindestens 6,7 Prozent des BIP aus, ohne regionale oder paramilitärische Ausgaben. Kürzungen im Sozialbereich hätten daher kaum fiskalische, aber gravierende gesellschaftliche Auswirkungen, etwa durch Schul- und Klinikschließungen.

Massiv gekürzt wurde hingegen die staatliche Beteiligung an der Rentenfinanzierung: Der staatliche Zuschuss zum Rentenfonds wurde seit Kriegsbeginn von 26 Prozent auf 8 Prozent reduziert. Die Rentenausgaben fielen damit von 8 Prozent (2019) auf 5,2 Prozent (2025) des BIP, bei gleichzeitigem Rückgang der realen Renten. Verstärkt wird dieser Effekt durch die seit 2018 geltende schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters.

Auch reale Löhne im Bildungs- und Gesundheitswesen stagnieren oder sinken, da sie sich an der offiziellen Inflation orientieren, die unter der tatsächlichen Preisentwicklung für Lebensmittel und Wohnen liegt. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt weiterhin auf niedrigem Einkommensniveau. Laut russischer Zentralbank betrug das mittlere Monatseinkommen im Jahr 2024 rund 280 €, das Durchschnittseinkommen 338 € – einschließlich Rentnern und Kindern.

Einige Bevölkerungsgruppen profitieren allerdings vom Krieg. Die reichsten 100 Personen Russlands konnten laut Forbes ihre Verluste durch Sanktionen überkompensieren: Ihr Gesamtvermögen stieg von 606 Milliarden USD (2021) auf 625,5 Milliarden USD (2024). Auch Soldaten und deren Familien erhalten großzügige Zahlungen: Der Staat zahlt beim Abschluss eines Militärvertrags bis zu 20 000 € einmalig und monatlich rund 2 100 €. Bei Verwundung oder Tod kommen zusätzliche Leistungen von 30 000 bzw. 52 000 € hinzu.

Am deutlichsten profitierten jedoch die obersten 20 Prozent der Einkommensskala. Sie konnten durch hohe Zinsen und Bankeinlagen ihren Wohlstand laut Zentralbank zwischen 2021 und 2024 um über 50 Prozent steigern. Während sich die durchschnittliche Inflation auf rund 32 Prozent belief, lag die Teuerung für ärmere Haushalte 1,7-mal höher als für Wohlhabende. Vor allem vermögende Stadtbewohner mit Rücklagen erlebten eine Entlastung – was ihre überdurchschnittliche Unterstützung für den Krieg erklärt. In Moskau etwa sprachen sich 47 Prozent der Befragten gegen Verhandlungen mit der Ukraine aus, landesweit nur 30 Prozent (Lewada-Zentrum).

Der Anteil der Löhne am BIP ist insgesamt gestiegen – von 39 Prozent (2021) auf 44 Prozent (2024). Hauptursache ist der

Arbeitskräftemangel infolge von Mobilmachung, Emigration und dem Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte. Seit Kriegsbeginn haben rund 800 000 Menschen das Land verlassen, 2 Millionen wurden für militärische Zwecke mobilisiert, und die Zahl der ausländischen Arbeitsmigranten fiel von 12,5 auf 4,5 Millionen. Der Lohnanstieg ist also weniger Ergebnis wirtschaftlicher Prosperität als Folge struktureller Engpässe. Auch die Sozialversicherungsbeiträge auf Löhne stiegen – bei gleichbleibenden Steuersätzen – um 58 Prozent in drei Jahren, ein indirekter Beleg für höhere Nominaleinkommen.

Dennoch bleibt die soziale Lage angespannt: 60 Prozent der Russinnen und Russen haben keine Bankeinlagen, 58 Prozent arbeiten regelmäßig über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus, und die durchschnittliche Lebenserwartung liegt auf Platz 119 im weltweiten Vergleich.

Die Prekarisierung des Arbeitsmarkts schreitet weiter voran. Die Zahl der offiziell registrierten Selbstständigen erreichte im ersten Quartal 2025 12,5 Millionen – darunter viele Kurierfahrer, Taxifahrer und Onlinelehrkräfte. Von 76 Millionen Erwerbsfähigen haben nur 54,3 Millionen einen formellen Arbeitsvertrag einschließlich saisonaler Beschäftigung. Rund 30 Prozent der Arbeitsverhältnisse gelten damit als informell – ein Niveau vergleichbar mit Bosnien-Herzegowina.

Diese Struktur bedeutet unter den Bedingungen eines repressiven Staates hohe soziale Verwundbarkeit, fehlende Rentenansprüche und weitgehende Abhängigkeit vom Arbeitgeber – Bedingungen, die das Gefühl kollektiver Ohnmacht verstärken und die Herausbildung gewerkschaftlicher Solidarität erheblich erschweren.

Zugleich nehmen die wirtschaftlichen Risiken zu. In den ersten drei Quartalen 2024 sank der Unternehmensgewinn um 12 Prozent. Gazprom wies Verluste aus, die Kohlebranche steht unter starkem Druck, der Hafenumschlag ging um 2 Prozent zurück. Der von Donald Trump angestoßene Handelskonflikt mit China belastet den Absatz russischer Rohstoffe. Russland muss seine Exportgüter daher mit hohen Preisnachlässen anbieten – bei Öl beträgt der Rabatt rund 40 Prozent auf den Weltmarktpreis. Die Aufwertung des Rubels – ausgelöst durch sinkende Importnachfrage – gefährdet zusätzlich die Staatseinnahmen. Laut Finanzministerium führt bereits eine Aufwertung um einen Rubel zu einem Einnahmeverlust von 1,7 Milliarden Euro.

Hinzu kommt: Der russische Staatshaushalt bleibt hochgradig abhängig vom Ölpreis. Sollte dieser sinken, fehlen heute – anders als in den Jahren 2008, 2014 oder 2019 – die finanziellen Rücklagen zur Abfederung einer Krise.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

DER KRIEG UND DIE GEWERKSCHAFTSVERBÄNDE

In Russlands **größtem Gewerkschaftsdachverband, der Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR)**, kam es in den vergangenen Jahren zu erheblichen Veränderungen. Seit 1993 stand Michail Schmakow an der Spitze der Organisation. Er galt als loyaler Unterstützer sowohl

von Boris Jelzin als auch von Wladimir Putin und trat wiederholt als offizieller Vertrauensmann des Präsidenten bei Wahlen auf. Über Jahrzehnte hinweg sorgte Schmakow für die politische Kontrolle über die offiziellen Gewerkschaften und unterstützte konsequent die Position der Regierung – selbst in Zeiten sozialer Krisen.

Im Jahr 2022 leitete die Generalstaatsanwaltschaft jedoch ein Verfahren gegen die FNPR und Schmakow persönlich ein. Anlass war die mutmaßlich rechtswidrige Privatisierung zahlreicher Kur- und Sanatorienanlagen, die ursprünglich vom Staat an die Gewerkschaften übertragen worden waren. Nutznießer der Geschäfte sollen laut Presseberichten Familienangehörige Schmakows gewesen sein. Nach Schätzungen wurden bis zu 60 Prozent des FNPR-Vermögens – mit einem Gesamtwert von bis zu 25 Milliarden Euro – in private Hände überführt. Obwohl die gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren später eingestellt wurden, führten sie letztlich zu personellen Konsequenzen.

Im November 2024 trat Schmakow zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Sergej Tschernogajew gewählt – ein Absolvent der vom Präsidialamt gegründeten »Gouverneursakademie«. Zuvor hatte er Führungspositionen beim Staatskonzern »Russische Eisenbahnen« (RŽD) inne und leitete anschließend die Eisenbahngewerkschaft. Unter Schmakow hatte sich die FNPR zwar von öffentlichen Protesten ferngehalten, in Verhandlungen aber mitunter abweichende Positionen im Interesse der Beschäftigten vertreten. Mit dem Führungswechsel ist zu erwarten, dass solche »besonderen Meinungen« künftig noch seltener geäußert werden.

In eine besonders schwierige Lage geriet die **Konföderation der Arbeit Russlands (KTR)**, der zweitgrößte Gewerkschaftsbund des Landes. Nach Beginn des Krieges hatte sie öffentlich zur Suche nach einer friedlichen Lösung aufgerufen. Im September 2023 wurde der internationale Gewerkschaftsverband International Transport Workers' Federation (ITF) von der Generalstaatsanwaltschaft als »unerwünschte Organisation« eingestuft. Dies traf russische Verkehrsgewerkschaften hart – insbesondere Piloten, Fluglotsen und Seeleute, die der KTR angehören. Die betroffenen Gewerkschaften mussten ihre Mitgliedschaft bei der ITF beenden, konnten aber einen Großteil ihrer internationalen Schutzmechanismen für Seeleute vorerst erhalten.

Im Februar 2024 folgte die Einstufung von IndustriALL Global Union als unerwünscht. Zu diesem internationalen Dachverband zählten zehn FNPR-Mitgliedsgewerkschaften (u. a. der Atom-, Bergbau- und Energiesektor) sowie die zur KTR gehörende Interregionale Gewerkschaft MPRA. Letztere war 2017 bereits vom Justizministerium als »ausländischer Agent« gelistet worden, hatte diese Einstufung jedoch gerichtlich aufgehoben. Dieses Mal mussten – wie schon bei den Verkehrsgewerkschaften – alle betroffenen Organisationen ihre Verbindungen zu IndustriALL abbrechen.

Einige KTR-Aktivist*innen sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen. Der langjährige Präsident der KTR, Boris Kravtchenko, schied aus der Präsidialen Menschenrechtskommission beim Präsidenten aus, der er über viele Jahre angehört hatte.

Trotz dieser Rückschläge ist es der KTR bislang gelungen, sich unter schwierigen Bedingungen zu behaupten. Sie ist weiterhin Teil der Trilateralen Kommission beim russischen Ministerkabinett – dem wichtigsten sozialpartnerschaftlichen Gremium des Landes. Angesichts der beschriebenen Umwälzungen könnte die KTR künftig die einzige größere gesellschaftliche Organisation bleiben, die sich öffentlich gegen die neoliberalen Reformen in Russland positioniert.

Mit Blick auf die anhaltenden Kriegsausgaben und die zunehmenden politischen Einschränkungen ist allerdings mit einem weiteren Rückbau sozialer Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu rechnen. Vor dem Hintergrund wachsender Repressionen und schwacher Rechtsdurchsetzung bleiben drei zentrale gewerkschaftliche Aufgaben: 1) Abwehr arbeitsfeindlicher Gesetzesänderungen, 2) Mobilisierung und Aktivierung der Beschäftigten, 3) Eindämmung informeller Beschäftigung. Unter den aktuellen politischen Bedingungen sind Fortschritte auf all diesen Feldern jedoch nur schwer zu erreichen. Es folgt eine Übersicht der gewerkschaftspolitischen Tätigkeitsfelder.

TARIFVERTRÄGE: REICHWEITE UND BEGRENZUNG

Die russische Arbeitsgesetzgebung folgt formal dem Prinzip des Tripartismus. Von rund 3,2 Millionen juristischen Personen bestehen in etwa 112 000 Kollektivverträge – vor allem in größeren Betrieben und im gesamten öffentlichen Dienst. Die faktische Abdeckung der Beschäftigten ist dadurch deutlich höher. Inhaltlich wiederholen diese Verträge jedoch häufig bloß die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuchs. Tarifverträge dürfen nur von Gewerkschaften abgeschlossen werden, die mindestens 50 Prozent der Belegschaft organisieren. Kleinere Gewerkschaften können sich anschließen, sofern sie nicht von dominierenden Organisationen – meist aus dem FNPR – blockiert werden. In vielen Betrieben werden Tarifverträge direkt von Belegschaftsversammlungen verabschiedet.

Ein ähnliches Verfahren gilt auf Branchenebene. Auch dort gelingt es kleineren Berufsgewerkschaften wie den Fluglotsen oder Piloten teils, eigenständige Abkommen abzuschließen – trotz Minderheitenstatus. Ein klarer Unterschied besteht zwischen FNPR und KTR: Während KTR-Gewerkschaften Arbeitgebern den Beitritt verbieten, tun dies FNPR-Mitgliedsgewerkschaften nicht. In vielen Sektoren fehlen Arbeitgeberverbände vollständig. Branchentarifverträge – etwa im kommunalen Bereich – haben oft nur Empfehlungscharakter.

BETRIEBLICHE SOZIALLEISTUNGEN UND STREITBEILEGUNG

Betriebliche Altersvorsorge ist kaum verbreitet. Nur wenige Großunternehmen wie Gazprom oder die Staatsbahn zahlen Zusatzrenten (90 €/Monat), beim fliegenden Personal liegt der Betrag bei 120 €, jedoch mit zunehmenden Zugangshürden. Zur Konfliktlösung existieren innerbetriebliche Kommissionen für Arbeitsstreitigkeiten, doch gerichtliche Verfahren bleiben verbreitet. Ihre Zahl ging von 515 000 (2016) auf 111 000 (2023) zurück – vor allem wegen der Zunahme prekärer und informeller Beschäftigung, bei der kein einklagbares Arbeitsverhältnis besteht. Zwei Drittel der Klagen betreffen Lohnfragen, in 90 Prozent der Fälle entscheiden die Gerichte zugunsten der Beschäftigten. Auch die Staatsanwaltschaft kann im

Namen von Arbeitnehmern Klage einreichen – eine Möglichkeit, die vergleichsweise häufig genutzt wird.

MINDESTLOHN UND PRÄSIDENTIALERLASSE

Der gesetzliche Mindestlohn ist an die regionale Armutsgrenze gekoppelt und beträgt landesweit durchschnittlich rund 220 €. Etwa 4 Millionen Beschäftigte beziehen dieses Einkommen. Seit 2022 wird der Betrag jährlich um 3 Prozent über der offiziellen Inflationsrate angehoben – bleibt aber umstritten, da er keine existenzsichernde Lebensführung erlaubt. Im Bildungs- und Gesundheitswesen gilt seit 2012 ein Präsidentsalerlass: Lehrkräfte sollen mindestens 100 Prozent, Ärztinnen und Ärzte 200 Prozent des regionalen Durchschnittslohns verdienen. In der Praxis wird dies meist nur durch Überstunden oder Nebenjobs erreicht. Laut Branchenumfragen arbeiten 60 Prozent der Ärzte auf 1,5 Stellen oder mehr, 38 Prozent der Lehrkräfte geben Nachhilfe, über 26 Prozent unterrichten online. In mehr als einem Drittel der Regionen werden die Vorgaben auch 2025 noch nicht eingehalten. Eine Umfrage aus dem Jahr 2023 zeigt, dass über die Hälfte der Lehrkräfte ihre eigene Gehaltsberechnung nicht nachvollziehen kann.

GEWERKSCHAFTEN IN RUSSLAND – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ÜBERSICHT

Mit dem Zerfall der Sowjetunion in den 1990er-Jahren kam es zu einem doppelten Strukturbruch: ökonomisch durch den Zusammenbruch ganzer Branchen, sozial durch den massiven Vertrauensverlust gegenüber den alten Gewerkschaften. Während Millionen Beschäftigte monatelang auf ihre Löhne warten mussten, griffen die traditionellen Organisationen kaum ein – mit Ausnahme einzelner Sektoren wie dem Bildungswesen. In der Folge entstanden alternative, unabhängige Gewerkschaften. Ein neues Gesetz von 1996 sicherte diesen Organisationen erstmals rechtliche Anerkennung und verpflichtete Arbeitgeber zu Verhandlungen. Unter Präsident Putin verfestigte sich seit den 2000er-Jahren die institutionelle Trennung zwischen alten und neuen Gewerkschaften. Die Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR), die aus den sowjetischen Strukturen hervorging, unterstützte wiederholt regierungsnahen Maßnahmen: den faktischen Streikverzicht (2001), die Kürzung sozialer Leistungen (2004), die Umstellung von festen Gehältern auf leistungsabhängige Prämien im Bildungs- und Gesundheitsbereich (2011) sowie die Ablehnung eines Referendums über die Erhöhung des Rentenalters (2018). Bereits 2003 hatte die FNPR eine strategische Partnerschaft mit der Regierungspartei Einiges Russland unterzeichnet, die daraufhin mit parlamentarischer Mehrheit zahlreiche neoliberale Reformen durchsetzte.

Die Entwicklung freier Gewerkschaften begann bereits Ende der 1980er-Jahre, zunächst im Kohlesektor. Diese Bewegung wurde jedoch durch die Privatisierung und den Zusammenbruch industrieller Wertschöpfungsketten geschwächt – ironischerweise auch deshalb, weil viele der neuen Gewerkschaften selbst auf eine Privatisierung gedrängt hatten. Erfolgreicher verlief der Aufbau im Verkehrssektor, insbesondere bei

Seeleuten, Piloten und Fluglotsen. Diese Berufsgruppen profitierten von internationaler Einbindung, hoher Qualifikation und stabiler Nachfrage – und konnten fast vollständig gewerkschaftlich organisiert werden. Dagegen scheiterte der Aufbau unabhängiger Strukturen in der staatlich kontrollierten Eisenbahn am Widerstand der Betriebsleitungen und Sicherheitsbehörden. Kleinere freie Gewerkschaften etablierten sich dennoch in Bereichen wie Bauwesen, Automobilindustrie, Bildung und Gesundheitswesen.

Im Jahr 2011 vereinten sich zahlreiche dieser Initiativen zur Konföderation der Arbeit Russlands (KTR), die auf ihrem Gründungskongress eine explizit sozialdemokratische Plattform beschloss. In den Folgejahren organisierte die KTR landesweite Kampagnen – etwa gegen die Rentenreform 2018, die zu zahlreichen Protestkundgebungen führte. Neue Gewerkschaften entstanden u. a. für medizinisches Personal, Lehrkräfte und Hochschulbeschäftigte. Auch rechtliche Unterstützung für verfolgte Aktivist_innen wurde systematisch organisiert.

Trotz wachsender Aktivitäten blieb die strukturelle Dominanz der **FNPR** bestehen. Ursache hierfür ist neben dem institutionellen Rückhalt der Regierung auch die zunehmende Einschränkung kollektiver Mobilisierung durch gesetzliche Maßnahmen. Gleichzeitig verlor die FNPR massiv an Mitgliedern: Zählte sie 1991 noch rund 58 Millionen Mitglieder, so waren es 2024 nur noch 19 Millionen – eine Zahl, die selbst innerhalb der FNPR als überhöht eingeschätzt wird.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die regierungsnahen **FNPR (WGB)** ist die Hauptakteurin aufseiten der Gewerkschaften in der Trilateralen Kommission auf der föderalen Ebene und ist auf regionaler Ebene der einzige offiziell anerkannte Arbeitnehmervertreter. Sie vereint über 120 Mitgliedsgewerkschaften, darunter mehr als 36 Fach- und Branchenverbände sowie 89 regionale Organisationen.

Die zweitgrößte Organisation ist die **Konföderation der Arbeit Russlands KTR (IGB)**, die 2011 offiziell gegründet wurde und vor allem sogenannte **alternative Gewerkschaften** umfasst. Sie zählt rund 20 Mitgliedsgewerkschaften aus verschiedenen Branchen mit zusammen etwa 1,3 Millionen Mitgliedern. Im Unterschied zur **FNPR** verfügt die **KTR** über keine regionalen Strukturen, sondern basiert auf betrieblichen Einzelgewerkschaften. Die KTR setzt konsequent auf Aktivismus, unterstützt Streiks und organisiert Solidaritätskampagnen, leidet jedoch unter einem Mangel an horizontaler Vernetzung zwischen lokalen Einheiten.

In den 2010er-Jahren gelang es der **KTR** durch Hilfen großer Verkehrsgewerkschaften, ihre Tätigkeit auf neue Sektoren auszuweiten. Besonders erfolgreich war die Gründung der Gewerkschaft »Dejstwie« durch medizinisches Personal, die inzwischen in über der Hälfte der russischen Regionen präsent ist. Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl sorgten ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen für Aufmerksamkeit in den landesweiten Medien und führten zu konkreten Verbesserungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Ein weiteres Beispiel ist die Entstehung der Gewerkschaft »Kurjer«, die Zusteller in Mos-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Russland

Gewerkschaft	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR)	Sergej Tschernogajew	13–19 Millionen	WGB, BRICS-Gewerkschaftsforum, L20
Konföderation der Arbeit Russlands (KTR)	Boris Kravtschenko	1,3 Millionen	IGB, BRICS-Gewerkschaftsforum, L20, OECD-Gewerkschaftskomitee
Interregionale Gewerkschaft »Arbeitsassoziation« (MPRA) (KTR)	Dmitrij Trudowoi	5 000	–
Föderaler Verband der Fluglotsen (FPAD) (KTR)	Sergej Kowaljow	12 000	–
Interregionale Gewerkschaft »Nowoprof« (KTR)	Leonid Tichonow	6 000	–
Interregionale Gesundheitsgewerkschaft »Dejstwie« (KTR)	Andrej Konowal	5 000	–
Gewerkschaft der Beschäftigten im Agrar- und Lebensmittelsektor (FNPR)	Natalja Agapowa	1 000 000	IUF
Russische Industriegewerkschaft ROSPROFPROM (FNPR)	Andrej Tschekmenev	323 000	–
Bergbau- und Metallgewerkschaft Russlands GMPR (FNPR)	Alexej Besymjannych	378 000	–

kau, Sotschi und weiteren Regionen organisierte. Die Gewerkschaft erreichte Erfolge bei der Bezahlung, der Abschaffung von Strafsystemen und der Bereitstellung von Arbeitskleidung, wurde jedoch später durch Polizeimaßnahmen zerschlagen. Der Vorsitzende wurde wegen »illegaler Demonstrationen« zu einer Haftstrafe verurteilt. Die **KTR** unterstützte seine Freilassung.

Nach zwei Jahren relativer Ruhe, bedingt durch den gesellschaftlichen Schock des Krieges, kam es 2024 zu einer neuen Welle arbeitsrechtlicher Mobilisierung. Organisierte Gewerkschaften setzten auf Unterschriftenkampagnen, Onlinepetitionen und medienwirksame Aktionen. Unorganisierte Beschäftigte griffen zu spontanen Streiks. Besonders erfolgreich war ein Streik des Flugpersonals, teilweise organisiert innerhalb der **KTR**, der im Herbst 2024 eine Lohnerhöhung von 30 Prozent durchsetzen konnte.

Die tatsächliche Reichweite gewerkschaftlicher Organisation in Russland ist schwer zu beziffern. Offiziell meldet die **FNPR** 19 Millionen Mitglieder. Ein Foliensatz auf ihrer Website spricht jedoch nur von rund 16 Prozent gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten – bei Werten von 3 Prozent im Fernen Osten bis 25 Prozent an der Wolga. Rechnet man dies auf die Erwerbsbevölkerung um, ergibt sich eine realistische Schätzung von etwa 13 Millionen Mitgliedern. Weitere Hinweise auf Übertreibungen liefern Branchendaten, etwa vom Bergbau- und Metallgewerkschaftsverband, der 378 000 Erwerbstätige und 170 000 Rentner führt – bei offiziell viel höheren Zahlen. Daraus ergibt sich: Im privaten Sektor liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad wahrscheinlich unter 10 Prozent, im öffentlichen Dienst hingegen bei bis zu 70 Prozent.

Unter dem Dach der **FNPR** und **KTR** existieren unterschiedliche Branchengewerkschaften. Der interregionale Gewerkschaftsverband MPRA (»Arbeitsassoziation«) unter Dmitrij Trudowoi zählt etwa 5 000 Mitglieder. Der Fluglotsenverband FPAD unter Sergej Kowaljow hat rund 12 000 Mitglieder. Die medizinische Gewerkschaft »Dejstwie« unter Andrej Konowal zählt ebenfalls etwa 5 000 Mitglieder. Die Gewerkschaft der Beschäftigten in der Agrarindustrie unter Natalia Agapowa ist mit rund 1 Million Mitgliedern eine der größten innerhalb der **FNPR** und Mitglied der internationalen Lebensmittelgewerkschaft IUF. Der Industriegewerkschaftsverband ROSPROFPROM (**FNPR**) unter Andrej Tschekmenev zählt 323 000 Mitglieder, der Bergbau- und Metallgewerkschaftsverband GMPR unter Alexej Besymjannych 378 000.

Internationale Anbindung haben sowohl **FNPR** als auch **KTR**. Die **FNPR** ist Mitglied im Weltgewerkschaftsbund (WGB), im BRICS-Gewerkschaftsforum und in der Labour 20 (L20). Die **KTR** ist angeschlossen an den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), das BRICS-Gewerkschaftsforum, die L20 sowie das Gewerkschaftskomitee der OECD.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Mit Beginn des Krieges kam es zu Streiks, doch ihre Zahl war sehr gering, was ihnen zugleich große Resonanz verschaffte. So streikten 2023 in der Region Moskau Textilarbeiter aus Indien, Bergleute im Gebiet Kemerowo und Arbeiter eines Automobilwerks in Uljanowsk. In keinem dieser Fälle wurden die Aktionen von Gewerkschaften organisiert, und die Aktivisten wurden später entlassen.

Gleichzeitig fanden andere Protestformen, die auf mediale Aufmerksamkeit setzten, weite Verbreitung – offene Videoansprachen, massenhafte Kündigungsschreiben, Onlinepetitionen. In einigen Fällen war dies sehr erfolgreich. So erreichten zwei Gewerkschaften des fliegenden Personals – eine davon ist Mitglied der KTR, die andere ist autonom – im Jahr 2024 eine Lohnerhöhung von 30 Prozent. Mitarbeiter von Rettungsdiensten, organisiert in der Gewerkschaft »Dejstwie«, erreichten in mehreren Regionen eine Lohnerhöhung von 40 Prozent.

Über das eng gefasste Mandat der Arbeitnehmer_innenvertretung hinausgehende Aktionen und Stellungnahmen sind aufgrund der beschriebenen politischen Repressionen nicht möglich.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR POLITISCHES GEWICHT

Die FNPR trat über lange Zeit als eine Art Ausgleichsinstanz auf, indem sie ihre Unterstützung für den Kreml bekundete (zunächst für Boris Jelzin, dann für Wladimir Putin), den Kreml während akuter sozialer und politischer Krisen unterstützte, die Regierung kritisierte und den Einfluss oppositioneller Parteien mit einer sozialen Agenda, insbesondere der Kommunisten, zu neutralisieren versuchte.

Diese Rolle war mit umfassender öffentlicher Präsenz verbunden, vor allem im Kontext der institutionellen Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen. Dabei unterdrückte die FNPR konsequent Aktivitäten an der Basis, schloss Streiks als Mittel aus und übernahm die Rolle eines Verhandlungspartners, der von den Behörden und Arbeitgebern kontrolliert wird.

Im Gegenzug erhielt die FNPR die exklusive Möglichkeit zur Interessenvertretung, die Unterdrückung konkurrierender kleiner Gewerkschaften mithilfe von Normen des Arbeitsgesetzbuchs (seit 2001 sind Arbeitgeber nicht verpflichtet, mit Gewerkschaften zu verhandeln, denen weniger als 50 Prozent der Belegschaft angehören), die Eigentumsübertragung sowjetisch erbauter Hotels und Sanatorien in ihren Besitz bzw. deren Privatisierung sowie umfangreiche staatliche Finanzierung aus dem Haushalt zur Umsetzung von Projekten. Zudem waren in der Staatsduma kontinuierlich 10 bis 12 Abgeordnete vertreten, die aus den Reihen der FNPR stammten und der Fraktion Einiges Russland angehörten.

Der Rückgang der Mitgliederzahlen und die allmähliche Verwandlung öffentlicher Institutionen in reine Kulisse schwächten diese Rolle. Doch mit Beginn des Krieges kam es zu einem qualitativen Wandel, der in einer Transformation der FNPR von einer kontrollierten, aber autonomen zivilgesellschaftlichen Vereinigung hin zu einem direkt gesteuerten Teil des Staatsapparats münden könnte – mit dem Verlust ihrer Eigenständigkeit. Der offensichtlich erste Schritt auf diesem Weg ist die vollständige Aufgabe jeglicher Einwände der FNPR gegen Regierungsinitiativen – ein Szenario, das in naher Zukunft nicht auszuschließen ist. Gleichwohl handelt es sich bei der FNPR um eine riesige Institution mit einer langen internen Geschichte – ihre vollständige Instrumentalisierung, insbesondere auf Ebene der Branchengewerkschaften, wird viel Zeit in Anspruch nehmen.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich für die KTR. Als aktivistische Gewerkschaft hat die KTR während ihrer gesamten Geschichte zu Streiks, Kundgebungen und Protestaktionen gegriffen, wenn Verhandlungen erfolglos blieben. Ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit war das Erreichen von Geschlechtergleichstellung – bei der KTR wurde eine Genderkommission gegründet. Ein bedeutender Teil der Tätigkeit der KTR war ihre Einbindung in die internationale Gewerkschaftsbewegung, insbesondere in den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) und IndustriALL.

All diese Arbeitsbereiche sind derzeit entweder zerstört, geschwächt oder stellen in manchen Fällen sogar eine Gefahr dar. Bislang nutzt die KTR noch ihren zuvor erworbenen Ruf und die institutionellen Möglichkeiten, aber das Handlungsfeld hat sich erheblich verengt und schrumpft weiter.

Offensichtlich wird die KTR ihre Rolle als Expert_inneninstitution im Bereich der sozial- und arbeitsrechtlichen Beziehungen beibehalten – eine Rolle, die aufgrund ihrer Verbindung von Praxis und Theorie einzigartig ist. Ebenso offensichtlich ist, dass die Positionen der KTR durch die Teilnahme am Gewerkschaftsbündnis der BRICS-Staaten stabilisiert werden, da die KTR über enge Beziehungen zu Gewerkschaftsverbänden in Ländern verfügt, die vom Kreml als freundlich betrachtet werden. Erfolgreiche Kampagnen von Pilot_innen, Fluglots_innen und Ärzt_innen – wie oben beschrieben – zeigen, dass selbst unter diesen Bedingungen die Branchengewerkschaften der KTR in der Lage sind, Gehaltserhöhungen und stärkeren Arbeitnehmerschutz durchzusetzen.

Dennoch bildet die Kluft zwischen schrumpfenden Handlungsmöglichkeiten und wachsenden Herausforderungen – zusammen mit dem zunehmenden Druck durch die Sicherheitsorgane – eine systemische Herausforderung für die KTR.

Lisa Gürth, Referentin für die Russische Föderation

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften
constantin.groll@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.